

Theater der Stadt Aalen

Freitag, 2. Februar 2001
Nixen, eine Unter-Wasser-Montage von Susanne Reng, Anne-Kathrin Klatt & Tine Madsen. Studio im Alten Rathaus. **Weitere Aufführung:** Samstag, 3. Februar, jeweils 20 Uhr;
Mittwoch, 7. Februar 2001
MittwochsMiniatüren, ein Ding für jeden Sinn, Probebühne in Gebäude 3 im Wi.Z., 22 Uhr.

Veranstaltungen

Donnerstag, 1. Februar 2001
Mega-Spaß-Familienshow, CVJM Aalen, Stadthalle, 16 Uhr;
Freitag, 2. Februar 2001
The Beatles "She loves you...", Allgäu Concerts GmbH, Stadthalle, 20 Uhr;
Samstag, 3. Februar 2001
Konzert mit "Blue-Wreaze", 20.30 Uhr, DJK-Vereinsgaststätte, (Gaststätte Hirschbachtal), Veranstalter: DJK;
Orgelmusik zur Marktzeit, Ev. Kirchengemeinde Aalen, Stadtkirche, 10 Uhr;
Sonntag, 4. Februar 2001
Jazz-men and the organ, Jazz Quartett, Cafe Podium, 20.30 Uhr;
Montag, 5. Februar 2001
Dia-Multivisionsshow, Zauberkaffee Tesin-Perle der Schweiz, Stadthalle, 20 Uhr;

Kleinkunst-Treff:

Wie im Film...

Götz Alsmann & Band mit neuem Programm

Am Mittwoch, 7. Februar, 20 Uhr öffnet der singende Karfunkelstein wieder sein Schatzkästlein:
Götz Alsmann bläst auch in seinem neuen Programm den Staub von jener Schnittstelle zwischen Jazz und Schlager, die lange als verloren galt, aber Dank des unermüdlichen Räckerns der Götz Alsmann Band wieder strahlt, als seien Jump & Jive, Bossa & Bop, Mambo & Melancholie und Boogie & Blabla wie geschaffen für die deutsche Sprache (was sie zweifelsohne auch sind...). Das neue Programm versetzt wieder einen Reigen obskurster Jazz-Schlager mit eigenen Werken, eigene Werke mit obskurstem Swing und dreht all' das durch den Cha Cha-Wolf.
Karten sind im Vorverkauf erhältlich beim Touristik-Service Aalen, bei Günthers Plattenladen sowie bei der Buchhandlung Henne in Wasseraalengen.



"Götz Alsmann"

Dienstag, 6. Februar 2001
Rhythmus im Blut, "Musical-Revue", SO-Be-Ko GmbH, Stadthalle, 20 Uhr;
Samstag, 10. Februar 2001
Basar - Rund ums Kind, von 13.30 bis 16 Uhr im Kindergarten Weilmest, Adlerstraße 30, Aalen-Hofherrnweiler, mit Kinderbetreuung mit Programm, Tombola, Buttons, Kinderschminken. Info und Tischreservierung unter Telefon: 07361/41214.

Stadtbibliothek

Kunterbunte Geschichten- und Bastelkiste

Der Gänserich möchte so gerne selbst ein Ei ausbrüten. Was er und "Das grüne Küken" dabei erleben, erfahren Kinder ab 5 Jahren am **Mittwoch, 7. Februar, ab 15 Uhr** im 2. OG der Aalener Stadtbibliothek. Anschließend wird noch gebastelt. Der Eintritt ist frei.

Mittelalterliches im Literatur-Treff

Zum Literatur-Treff lädt die Stadtbibliothek für **Mittwoch, 7. Februar um 17 Uhr** ins Torhaus. Mit dem Roman „Die Pöpstin“ von Donna Cross steht dabei ein Titel auf dem Programm, der vor der Kulisse des tiefsten Mittelalters spielt.
Susanne Szabady wird Autorin und Werk vorstellen. Die Veranstaltung findet in lockerer Gesprächsatmosphäre statt, der Eintritt ist frei.



Berthold Weiß zum Antrittsbesuch bei Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle

Seinen Antrittsbesuch bei Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle machte kürzlich der Landtagskandidat von Bündnis 90/Die GRÜNEN, Berthold Weiß.

Wie Berthold Weiß ausführte, strebt er an, ein drittes Landtagsmandat für den Wahlkreis zu holen. "Ab 10 000 Stimmen ist dieses Ziel zu erreichen und die sind durchaus drin", äußerte sich Weiß optimistisch. Der beim Landratsamt Ostalbkreis als Suchtauftraggeber tätige Verwaltungswissenschaftler wohnt in Ellwangen. Als zentrale Themen seines Wahlkampfes nennt er die Schulpolitik, ein schlüssiges Verkehrskonzept und den Erhalt der Naturlandschaft des Ostalbkreises.

Weiß will sich insbesondere für die Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten in Kindergärten und Schulen einsetzen. Er strebt ein Verkehrskonzept an, das sich nicht ausschließlich auf den Neubau von Straßen konzentriert, sondern die Schiene miteinbezieht.

Ein weiteres wichtiges Thema für ihn ist der Erhalt der Naturlandschaft des Ostalbkreises, zumal immer mehr Touristen die Ostalb besuchen.

Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle wünschte dem Landtagskandidaten der Grünen viel Stehvermögen in seinem sicherlich nicht immer einfachen Wahlkampf.

Soft-Pack-System

Nachdem die Limes-Thermen schon seit geraumer Zeit verschiedenste Wellness-Anwendungen in ihr Programm aufgenommen haben, wird das Wohlfühlangebot aufgrund der hohen Nachfrage durch eine Entspannungsliege der besonderen Art erweitert. Die Bezeichnung Soft-Pack-System (frei übersetzt: "sanft umschlossen") verrät einen Teil der positiven Eigenschaften des Systems. Dieses System vereint die Vorteile "unbegrenzter Wärmenachschub", also gleichbleibende Behandlungstemperatur, perfekte Lagerung und den Effekt einer optimalen Wirkstoffaufnahme über die Haut. Ein weiterer Vorteil dieses Systems ist das Arbeiten mit reinen und naturbelassenen Medien ohne Konservierungsstoffe. Die gesamten Anwendungen werden als Ganzkörperpackungen verabreicht, bei der sich der Gast mit verschiedenen Schlämmen, Creme-Oelsalben oder wässrigen Me-

dien (z.B. Aromabad) verwöhnen lässt. Das Luftpolster, auf dem der Kunde liegt, wird abgelenkt in ein Wasserpulver. Der einzigartige Liegekomfort wird durch dieses Wasserkissen hervorgerufen, denn das Wasserkissen schmiegt sich an den Körper an. Dieser erhält dadurch eine maximale Auflagefläche. Das Körpergewicht ist so bestmöglich verteilt und es stellt sich ein Gefühl des Schwebens ein. Durch die konstante Temperatur, die Sicherheit der seitlichen Erhöhungen und das Einwickeln des Körpers erfährt man sofort eine angenehme Geborgenheit. Von Anfang an können nun die einzelnen Anwendungen entspannt genossen werden.
Neben Anwendungen mit Heilkreide, Salzslick und Aroma-Bädern ist das Naturmoor, als klassische Anwendung bekannt und das Cleopatra-Bad als Schönheitsbad beliebt.

Seniorenprunksitzungen

Alle SeniorInnen und behinderte Menschen sind zu den traditionellen Seniorenprunksitzungen der Stadt Aalen und der Aalener Faschnachtsunft "Zum Sauren Meckereck" am 16. und am 18. Februar in der Stadthalle herzlich eingeladen. Die Vorbereitungen für die zahlreichen, lustigen Programmbeiträge laufen bereits auf Hochtouren. Die Seniorenprunksitzungen finden wie folgt statt: **Freitag, 16. Februar 2001**, Stadthalle, Beginn um 16 Uhr und **Sonntag, 18. Februar 2001**, Stadthalle, Beginn um 14 Uhr (Dauer jeweils ca. 3 Stunden). Am Sonntag wird wieder ein Buszubringerdienst für die BesucherInnen aus den Alten- und Pflegeheimen und Stadtbezirken eingerichtet. Für beide Prunksitzungen sind die Eintrittskarten ab Donnerstag, 25. Januar 2001 beim Touristik-Service, bei den Bezirksämtern und Ortschaftsverwaltungen erhältlich. Im Eintrittspreis von 5 DM sind Kaffee und Kuchen enthalten.

Haus der Jugend

Girls, Girls, Girls -

Neues Angebot - Am Dienstag, 30. Januar, um 17 Uhr, öffnet das Café „Impuls“ seine Tore mit Schoko-Fondue, alkoholfreien Cocktails + Hennapainting. Angesprochen sind Mädchen ab 14 Jahren, die Lust darauf haben dienstags, 17 - 21 Uhr unter ihresgleichen lockere, ungezwungene Stunden zu verbringen. Zur Verfügung stehen alle Möglichkeiten, die der offene Bereich des Hauses zu bieten hat, z.B. im Internet surfen, Dart, Musik hören, u.v.m. Ansprechpartnerin Brigitte Neumann, HdJ, Tel. 07361/52-2246.

Black Music

Am **Freitag, 2. Februar** findet die erste richtige Black Music-Party im Haus der Jugend in Aalen statt. Die beiden Aalener DJ's „Twyz Elly Cut“ und „Torte“ sorgen bei der Party für die richtige Stimmung. Los geht es um 19 Uhr.

Sperrmüllbörse

Zu verschenken:

1 Kleiderschrank, dunkelbraun, (1 m breit), 1 Couchgarnitur bestehend aus 3Sitzer und 2Sitzer, 1 Sessel, Telefon: 07366/5182;
1 Fernsehsessel, dunkelblau, Telefon: 07361/923759; 1 Kofferschreibmaschine, Tel.: 07361/42380;
1 Wohnzimmertisch, niedrig, braun, gefliest, Telefon: 0171/3165336;
4 Sessel, Telefon: 0173/9009563;
1 Kinderbett (120 cm x 60 cm), Telefon: 07361/33431;
1 Bosch Elektroherd, Heißluft und Grill, Hängelampen, Gefriertruhen, Telefon: 07361/49289;
1 Couchgarnitur Rundecke, (2,90 m x 2,40 m) u. Sessel, beige, Telefon: 07361/71412;
1 Kinderwagen, Buggy, Telefon: 07366/921407; 1 neuw. Elektroeinbaueherd, Telefon: 07361/969497.

Wenn auch Sie etwas zu verschenken haben, dann richten Sie Ihr Angebot bis Fr., 10 Uhr an die Stadtverwaltung Aalen, Tel. 07361/52-1130. Nur Angebote aus dem Stadtgebiet Aalen werden veröffentlicht!

Altpapiersammlung

Straßensammlung Bauhof:
Freitag, 2. Februar 2001 - Zochental, Industriegebiet West.

StadtInfo

Amtsblatt der Stadt Aalen

Herausgeber:
Stadt Aalen - Presse- und Informationsamt - Marktplatz 30, 73430 Aalen,
Telefon: (0 73 61) 52-11 30,
Telefax: (0 73 61) 52 19 02.
Verantwortlich für den Inhalt:
Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle und Pressereferent Günter Ensle.
Druck:
Süddeutscher Zeitungsdruck
73430 Aalen, Bahnhofstraße 65.
Erscheint wöchentlich mittwochs.

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Aalen, Hochbauamt, Marktplatz 30, 73430 Aalen
(Telefon 07361/52-1605, Telefax 52-1913) schreibt nach § 17 Nr. 1 VOB/A aus:

Bauhof Aalen, Heinrich-Rieger- Straße 2 bis 8 Neubau einer Lagerhalle in Holzbauweise

Abmessungen: Länge/Breite/Traufhöhe 55,30 m x 12,10 m x 5,70 m
Dachneigung 12°

komplette Erstellung mit folgenden Leistungen:

Holzskelettbauweise mit Leimbinder-Dachträger

Wandbekleidung: Boden-Deckel-Schalung

Dachdeckung: Wellfaserzementplatten

Dachrinnen: Titanzink

Blitzschutz einschl. Statik ohne Fundamente

Entschädigung für Verdingungsunterlagen: 20 DM für 2 LV inkl. Porto

Ausführung: Statik März 2001

Aufrichten der Halle Juni 2001

Das Entgelt wird nicht zurückerstattet.

Die Verdingungsunterlagen können bei der Stadt Aalen, Hochbauamt Zimmer 602, unter der oben genannten Adresse ab sofort angefordert/eingesehen/abgeholt werden.
Einreichung der Angebote: Die Angebote sind an das Amt für Bauverwaltung und Immobilien, Marktplatz 30, Zimmer 404, 73430 Aalen zu richten.

Bei der Eröffnung dürfen anwesend sein: Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

Eröffnung der Angebote: Dienstag, 13. Februar 2001, 10 Uhr, 4. Stock, Zimmer 409, Marktplatz 30, Aalen.

Sicherheiten: Vertragserfüllungsbürgschaft 5 % der Auftragssumme, Gewährleistungsbürgschaft, 3 % der Abrechnungssumme bei einer Auftragssumme von über 75 000 DM.

Zahlungsbedingungen: Nach § 16 VOB/B und den Besonderen und Zusätzlichen Vertragsbedingungen.

Die Eignung des Bieters ist nachzuweisen durch die Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft.

Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: Donnerstag, 15. März 2001

Zuständige Behörde zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße: Regierungspräsidium Stuttgart, Postfach 800709, 70507 Stuttgart, Ruppmannstraße 21, 70565 Stuttgart.

“Kur
ohne
Koffer“



Sonderaktion
Feb. + März. 2001
DM 67,-

das Soft-Pack-System

Rügener Heilkreide & Teilmassage

Die Kreide-Ganzkörperpackung im Soft-Pack stellt, wegen ihrer reinweißen Farbe und feincemigen Struktur, ein besonderes Mittel zur Hautreinigung und zur thermischen Anwendung dar.

- Lassen Sie sich einen Termin geben -

Tel. (0 73 61) 94 93 - 16
www.Limes-Thermen.de

Stadtwerke Aalen

LIMES-THERMEN AALEN



Öffentliche Bekanntmachungen

Abwassersatzung

Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) der Stadt Aalen vom 25. Januar 2001

Aufgrund von § 5 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in Verbindung mit § 45 b Abs. 4 des Wasser-gesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 8, 9, 10 und 10 a des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Aalen am 25.01.2001 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Öffentliche Einrichtung

(1) Die Stadt Aalen betreibt die Beseitigung des in ihrem Gebiet angefallenen Abwassers als Zweig des Eigenbetriebs Stadtwerke Aalen in jeweils selbständigen öffentlichen Einrichtungen

a) zur zentralen Abwasserbeseitigung, b) zur dezentralen Abwasserbeseitigung. Die dezentrale Abwasserbeseitigung wird durch besondere Satzung der Stadt Aalen über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben vom 7. Februar 1995 in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

(2) Die Abwasserbeseitigung kann ganz oder teilweise durch Dritte vorgenommen werden.

(3) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen besteht nicht.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Abwasser ist Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften verändert ist oder das von Niederschlägen aus dem Bereich bebauter oder befestigter Grundstücke abfließt. Niederschlagswasser, das auf dem eigenen Grundstück der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten versickert wird, ist kein Abwasser und fällt damit nicht in den Regelungsbereich dieser Satzung.

(2) Zentrale öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Stadtgebiet angefallene Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. Zentrale öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke und Kläranlagen sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie von den Stadtwerken zur öffentlichen Abwasserbeseitigung benutzt werden.

Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehört nicht die Hausanschlussleitung, die aus der Grundstücksentwässerungsanlage (Abs. 4) und dem im Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen verlaufenden Grundstücksanschluss besteht.

(3) Zu den dezentralen öffentlichen Abwasseranlagen gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen für die Abfuhr und die Behandlung von Abwasser aus geschlossenen Gruben und aus Kleinkläranlagen (Hauskläranlagen) einschließlich Fäkal-schlamm außerhalb des zu entwässernden Grundstücks.

(4) Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung, soweit sie innerhalb des zu entwässernden Grundstücks sind.

Für den Bereich der zentralen Abwasserbeseitigung gehören hierzu insbesondere Leitungen, die im Erdreich oder im Fundamentbereich verlegt sind und das Abwasser dem Grundstücksanschluss zuführen (Grundleitungen), Prüfschächte sowie die sich auf privaten Grundstücken befindlichen Pumpanlagen bei einer Abwasserdruckentwässerung.

Für den Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung gehören hierzu insbesondere Kleinkläranlagen (Hauskläranlagen) und geschlossene Gruben, einschließlich Zubehör, innerhalb des zu entwässernden Grundstücks.

II. Anschluss und Benutzung

§ 3

Berechtigung und Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung

(1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Abwasser anfällt, sind nach näherer Bestimmung dieser Satzung berechtigt und verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen, diese zu benutzen und das gesamte auf den Grundstücken anfallende Abwasser der Stadt im Rahmen des § 45 b Abs. 1 WG zu überlassen. Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstücks Berechtigte tritt an die Stelle des Eigentümers.

(2) Die Benutzungs- und Überlassungspflicht nach Abs. 1 trifft auch die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen.

(3) Bebaute Grundstücke sind anzuschließen, sobald die für sie bestimmten öffentlichen Abwasseranlagen betriebsfertig hergestellt sind. Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück innerhalb von 6 Monaten nach der betriebsfertigen Herstellung anzuschließen.

(4) Unbebaute Grundstücke sind anzuschließen, wenn der Anschluss im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, des Verkehrs oder aus anderen Gründen des öffentlichen Wohls geboten ist.

§ 4

Anschlussstelle, vorläufiger Anschluss

(1) Wenn der Anschluss eines Grundstücks an die nächste öffentliche Abwasseranlage technisch unzweckmäßig oder die Ableitung des Abwassers über diesen Anschluss für die öffentliche Abwasseranlage nachteilig wäre, kann die Stadt verlangen oder gestatten, dass das Grundstück an eine andere öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird.

(2) Ist die für ein Grundstück bestimmte öffentliche Abwasseranlage noch nicht hergestellt, kann der vorläufige Anschluss an eine andere öffentliche Abwasseranlage gestattet oder verlangt werden.

§ 5

Befreiungen

Von der Verpflichtung zum Anschluss seines Grundstücks an die öffentliche Abwasserbeseitigung und von der Pflicht zur Benutzung der Einrichtungen ist aufgrund § 45 b Abs. 4 Satz 3 WG der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete auf Antrag insoweit und solange zu befreien, als ihm der Anschluss bzw. die Benutzung wegen seines die öffentlichen Belange überwiegenden privaten Interesses an der eigenen Beseitigung des Abwassers nicht zugemutet werden kann und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist.

§ 6

Allgemeine Ausschlüsse

(1) Von der öffentlichen Abwasserbeseitigung sind sämtliche Stoffe ausgeschlossen, die die Reinigungswirkung der Klärwerke, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen, die Schlammverwertung beeinträchtigen, die öffentlichen Abwasseranlagen angreifen, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern, erschweren oder gefährden können, oder die den in öffentlichen Abwasseranlagen arbeitenden Personen oder dem Vorfluter schaden können. Dies gilt auch für Flüssigkeiten, Gase und Dämpfe.

(2) Insbesondere sind ausgeschlossen:

1. Stoffe - auch im zerkleinerten Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in den öffentlichen Abwasseranlagen führen können (z.B. Kehrlicht, Schutt, Asche, Zellstoffe, Mist, Schlamm, Sand, Glas, Kunststoffe, Textilien, Küchenabfälle, Schlachtabfälle, Haut- und Lederabfälle, Tierkörper, Panseninhalt, Schlempe, Trub, Trester und hefehaltige Rückstände);
2. feuergefährliche, explosive, giftige, fett- und ölhaltige Stoffe (z.B. Benzin, Heizöl, Karbid, Phenole, Öle und Fette, Öl/Wasseremulsionen, Säuren, Laugen, Salze, Reste von Pflanzenschutzmitteln oder vergleichbaren Chemikalien, Blut, mit Krankheitskeimen behaftete oder radioaktive Stoffe);
3. Jauche, Gülle, Abgänge aus Tierhaltungen, Silosickersaft und Molke;
4. faulendes und sonst übelriechendes Abwasser (z.B. milchsäure Konzentrate, Krautwasser);
5. Abwasser, das schädliche oder belästigende Gase oder Dämpfe verbreiten kann;
6. Abwasser, das einem wasserrechtlichen Bescheid nicht entspricht.

(3) Unbeschadet des Abs. 2 ist Abwasser zugelassen, dessen Inhaltsstoffe oder Eigenschaften die allgemeinen Richtwerte für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien der Anlage I des Arbeitsblattes A 115 der Abwassertechnischen Vereinigung - ATV -, das bei den Stadtwerken erhältlich ist, in der jeweils gültigen Fassung nicht überschreiten.

(4) Im Einzelfall können über die nach den Absätzen 2 und 3 einzuhaltenden Anforderungen hinausgehende Anforderungen gestellt werden, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen erforderlich ist.

(5) Im Einzelfall können Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 zugelassen werden, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die Versagung der Ausnahme im Einzelfall eine unbillige Härte bedeuten würde und der Antragsteller evtl. entstehen Mehrkosten übernimmt.

(6) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen oder ist dies zu befürchten, so hat der Benutzer unverzüglich die Stadtwerke zu benachrichtigen.

§ 7

Ausschlüsse im Einzelfall, Mehrkostenvereinbarung

(1) Abwasser kann im Einzelfall von der öffentlichen Abwasserbeseitigung ausgeschlossen werden, wenn

- a) dessen Sammlung, Fortleitung oder Behandlung im Hinblick auf den Anfallort oder wegen der Art oder Menge des Abwassers unverhältnismäßig hohen Aufwand verursachen würde;
 - b) es nach den allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik nicht mit häuslichen Abwässern gesammelt, fortgeleitet oder behandelt werden kann.
- (2) Der Anschluss und die Benutzung können im Falle des Abs. 1 gestattet werden, wenn der Grundstückseigentümer die für den Bau und Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen entstehenden Mehrkosten übernimmt und auf Verlangen angemessene Sicherheit leistet.
- (3) Wird in Einzelfällen Abwasser von der Beseitigung ausgeschlossen, bedarf dies der Zustimmung der Wasserbehörde (§ 45 b Abs. 4 Satz 2 WG).

§ 8

Einleitungsbeschränkungen

(1) Im Einzelfall kann die Einleitung von Abwasser von einer Vorbehandlung oder Speicherung abhängig gemacht werden, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert.

(2) Fäkalienhaltiges Abwasser darf in öffentliche Abwasseranlagen, die nicht an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen sind, nur nach ausreichender Vorbehandlung eingeleitet werden.

(3) Die Einleitung von Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt (§ 2 Abs. 1) in Schmutz- oder Mischwasserkanäle bedarf der schriftlichen Genehmigung der Stadtwerke. Die Einleitung von sonstigem Wasser (z.B. Drainagewasser, Grundwasser) ist nur zulässig, wenn eine anderweitige Ableitung nicht möglich ist. Hierfür ist die schriftliche Genehmigung der Stadtwerke erforderlich.

§ 9

Eigenkontrolle

(1) Die Stadtwerke können verlangen, dass auf Kosten des Verpflichteten (nach § 3 Absätze 1 und 2) Vorrichtungen zur Messung und Registrierung der Abflüsse und der Beschaffenheit der Abwässer sowie zur Bestimmung der Schadstofffracht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und in ordnungsgemäßen Zustand gehalten werden.

(2) Ebenso kann verlangt werden, dass eine Person bestimmt wird, die für die Bedienung der Anlage und für die Führung des Betriebstagebuchs verantwortlich ist. Das Betriebstagebuch ist mindestens drei Jahre lang, vom Datum der letzten Eintragung oder des letzten Beleges angerechnet, aufzubewahren und den Stadtwerken auf Verlangen vorzulegen.

§ 10

Abwasseruntersuchungen

(1) Die Stadtwerke können beim Verpflichteten Abwasseruntersuchungen vornehmen. Sie bestimmen, in welchen Abständen die Proben zu entnehmen sind, durch wen sie zu entnehmen sind und wer sie untersucht. Für das Zutrittsrecht gilt § 20 Abs. 2 entsprechend.

(2) Die Kosten einer Abwasseruntersuchung trägt der Verpflichtete, wenn 1. die Ermittlungen ergeben, dass Vorschriften oder auferlegte Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind oder 2. wegen der besonderen Verhältnisse eine ständige Überwachung geboten ist.

(3) Wenn bei einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Verpflichtete diese unverzüglich zu beseitigen.

§ 11

Grundstücksbenutzung

Die Grundstückseigentümer können bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 88 ff WG verpflichtet werden, für Zwecke der öffentlichen Abwasserbeseitigung das Verlegen von Kanälen einschließlich Zubehör zur Ab- und Fortleitung von Abwasser über ihre Grundstücke gegen Entschädigung zu

dulden. Die Grundstückseigentümer haben insbesondere den Anschluss anderer Grundstücke an die Anschlussleitung zu ihren Grundstücken zu dulden.

III. Grundstücksanschlüsse, Grundstücksentwässerungsanlagen § 12

Grundstücksanschlüsse

(1) Grundstücksanschlüsse (§ 2 Abs. 2) werden von den Stadtwerken hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt.

Die Stadtwerke sind berechtigt, im Einzelfall diese Aufgaben dem Grundstückseigentümer zu übertragen.

(2) Art, Zahl und Lage der Grundstücksanschlüsse sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Grundstückseigentümers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen von den Stadtwerken bestimmt.

(3) Jedes Grundstück erhält einen Grundstücksanschluss; werden Grundstücke im Trennverfahren entwässert, gelten die beiden Anschlüsse als ein Grundstücksanschluss. Die Stadtwerke können mehr als einen Grundstücksanschluss herstellen, soweit sie es für technisch notwendig halten.

Bei mehreren Grundstücken kann bei besonders begründeten Fällen ein gemeinsamer Grundstücksanschluss hergestellt werden.

(4) Die Stadtwerke können auf Antrag weitere Grundstücksanschlüsse sowie vorläufige oder vorübergehende Anschlüsse herstellen. Als weitere Grundstücksanschlüsse gelten auch Anschlusskanäle für Grundstücke, die nach Entstehen der Beitragspflicht (§ 22) neu gebildet werden.

(5) Für bestehende Grundstücksanschlüsse gelten die §§ 12 und 13 entsprechend.

§ 13

Kostenerstattung

(1) Den Stadtwerken sind vom Grundstückseigentümer zu erstatten:

- a) Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der Grundstücksanschlüsse;
- b) Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der weiteren, vorläufigen und vorübergehenden Grundstücksanschlüsse.

Zu diesen Kosten gehören auch die Aufwendungen für die Wiederherstellung des alten Zustands auf den durch die Arbeiten beanspruchten Flächen.

(2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung des Grundstücksanschlusses, im übrigen mit der Beendigung der Maßnahme. Der Erstattungsanspruch wird innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig.

(3) Änderungen an den Grundstücksanschlüssen, die infolge einer nicht vom Grundstückseigentümer zu vertretenden Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen notwendig werden, führen die Stadtwerke auf ihre Kosten aus.

§ 14

Genehmigungen

(1) Der schriftlichen Genehmigung durch das städtische Bauordnungsamt bedürfen

- a) die Herstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen, deren Anschluss so wie deren Änderung;
- b) die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen sowie die Änderung der Benutzung, (z.B. bei wesentlicher Änderung der Zusammensetzung oder der Menge)

(2) Einem unmittelbaren Anschluss steht der mittelbare Anschluss (z.B. über bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen) gleich.

(3) Aus dem schriftlichen Antrag für Abs. 1 müssen auch Art, Zusammensetzung und Menge der anfallenden Abwässer, die vorgesehene Behandlung der Abwässer und die Bemessung der Anlagen ersichtlich sein. Außerdem sind dem Antrag folgende Unterlagen beizufügen:

- Lageplan im Maßstab 1:500 mit Einzeichnung sämtlicher auf dem Grundstück bestehender Gebäude, der Straße, der Schmutz- und Regenwasseranschlüsse, der vor dem Grundstück liegenden Straßenkanäle und der etwa vorhandenen weiteren Entwässerungsanlagen, Brunnen, Gruben, Mulden, usw.;
- Grundrisse des Untergeschosses (Keller, Geschosses) der einzelnen anzuschließenden Gebäude im Maßstab 1:100, mit Einzeichnung der anzuschließenden Entwässerungsteile, der Dachableitung und aller Entwässerungsleitungen unter Angabe des Materials, der lichten Weite und der Absperrschieber oder Rückstauverschlüsse;
- Systemschnitte der zu entwässernden Gebäudeteile im Maßstab 1:100 in der Richtung der Hauptleitungen (mit Angabe der Hauptleitungen und der Fallrohre, der Dimensionen und der Gefälleverhältnisse, der Höhenlage, der Entwässerungsanlage und des Straßenkanals, bezogen auf Normalnull).

Die Darstellung im Grundriss und Schnitt muss bis zum Anschluss an den öffentlichen Kanal erfolgen.

Die zur Anfertigung der Pläne erforderlichen Angaben (Höhenlage des Straßenkanals, Lage der Anschlussstelle und Höhenfestpunkte) sind beim städtischen

Tiefbauamt einzuholen. Dort sind auch Formulare für die Entwässerungsanträge erhältlich.

§ 15

Regeln der Technik

Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben. Allgemein anerkannte Regeln der Technik sind hauptsächlich die DIN 1986 (Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke) und die DIN 4261 (Kleinkläranlagen).

§ 16

Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen

(1) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten herzustellen, zu unterhalten, instandzusetzen, zu ändern, zu erneuern und nach Bedarf gründlich zu reinigen.

(2) Grundleitungen sind in der Regel mit mindestens 150 mm Nennweite auszuführen. Der Prüfschacht ist so nahe wie technisch möglich an die öffentliche Abwasseranlage zu setzen; er muss stets zugänglich und bis auf Rückstauhöhe (§ 19) wasserdicht ausgeführt sein.

(3) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage - auch vorübergehend - außer Betrieb gesetzt, so kann die Stadt den Grundstücksanschluss verschließen oder beseitigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

§ 17

Abscheider, Hebeanlagen, Pumpen, Zerkleinerungsgeräte

(1) Auf Grundstücken, auf denen Fette, Leichtflüssigkeiten wie Benzin und Benzol sowie Öle oder Ölrückstände in das Abwasser gelangen können, sind Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser (Abscheider mit dazugehörigen Schlammfängen) einzubauen, zu betreiben, zu unterhalten und zu erneuern. Die Abscheider mit den dazugehörigen Schlammfängen sind vom Grundstückseigentümer in regelmäßigen Zeitabständen, darüber hinaus bei besonderem Bedarf zu leeren und zu reinigen. Bei schuldhafter Säumnis ist er der Stadt gegenüber schadensersatzpflichtig. Für die Beseitigung / Verwertung der anfallenden Stoffe gelten die Vorschriften über die Abfallentsorgung.

(2) Vom Grundstückseigentümer kann im Einzelfall der Einbau und der Betrieb einer Abwasserhebeanlage verlangt werden, wenn dies für die Ableitung des Abwassers notwendig ist; dasselbe gilt für Pumpanlagen auf Grundstücken, die an Abwasserdruckleitungen angeschlossen werden. § 15 bleibt unberührt.

(3) Zerkleinerungsgeräte für Küchenabfälle, Müll, Papier und dergleichen dürfen nicht an Grundstücksentwässerungsanlagen angeschlossen werden.

§ 18

Toiletten mit Wasserspülung, Kleinkläranlagen

(1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen sind, sind in Gebäuden mit Aufenthaltsräumen nur Toiletten mit Wasserspülung zulässig (§ 36 Abs. 2 der Landesbauordnung).

(2) Kleinkläranlagen, geschlossene Gruben und Sickeranlagen sind unverzüglich außer Betrieb zu setzen, sobald das Grundstück an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen ist. Die Kosten für die Stilllegung trägt der Grundstückseigentümer selbst.

§ 19

Sicherung gegen Rückstau

(1) Abwasseraufnahmeeinrichtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen, insbesondere Toiletten mit Wasserspülung, Bodenabläufe, Ausgüsse, Spülen, Waschbecken, die an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung tiefer als die Straßenoberfläche (Rückstauhöhe) liegen, müssen vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten gegen Rückstau durch Hebeanlagen oder soweit nach DIN 1986 zulässig, durch geeignete Absperrvorrichtungen, wie Rückstaudoppelverschlüsse, gesichert werden.

(2) Gegen Rückstau aus den öffentlichen Abwasseranlagen hat sich jeder Grundstückseigentümer selbst zu schützen.

§ 20

Abnahme und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Zutrittsrecht, Indirekteinleiterkataster

(1) Vor dem Zudecken der neuen oder veränderten Grundstücksentwässerungsanlagen hat der Bauherr dem städtischen Bauordnungsamt zur Abnahme und Prüfung Anzeige zu erstatten. Dabei ist anzugeben, wann die Anlage abgenommen werden kann.

Vor der Abnahme darf die Grundstücksentwässerungsanlage nicht in Betrieb genommen werden. Zur Abnahme sind die Anlagen zugänglich und derart offenzuhalten, dass Maße und Ausführungsart geprüft werden können.

Beanstandete Anlagen werden erst dann abgenommen, wenn die Mängel endgültig behoben sind.

Die Abnahme befreit den Bauherrn, den Planverfasser, den Bauleiter und den ausführenden Unternehmer nicht von ihrer

... Fortsetzung von Seite - 2 - des Stadtinfo

Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Ausführung der Arbeiten.

(2) Die Stadtwerke sind berechtigt, die Grundstücksentwässerungsanlagen zu prüfen. Die Grundstückseigentümer und Besitzer (nach § 3 Absätze 1 und 2) sind verpflichtet, die Prüfungen zu dulden und dabei Hilfe zu leisten. Sie haben den zur Prüfung des Abwassers notwendigen Einblick in die Betriebsvorgänge zu gewähren und die sonst erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die mit der Überwachung der Anlagen beauftragten Personen dürfen Wohngrundstücke grundsätzlich nur mit Einwilligung des Berechtigten betreten.

(3) Werden bei der Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen Mängel festgestellt, hat sie der Grundstückseigentümer unverzüglich zu beseitigen.

(4) Die Stadtwerke sind nach § 83 Abs. 6 WG in Verbindung mit der Eigenkontrollverordnung des Landes verpflichtet, Betriebe, von deren Abwasseranfall nach Beschaffenheit und Menge ein erheblicher Einfluss auf die öffentliche Abwasserbehandlungsanlage zu erwarten ist, in einem sogenannten Indirekteinleiterkataster zu erfassen. Dieses wird bei den Stadtwerken geführt und wird auf Verlangen der Wasserbehörde vorgelegt. Erfasst werden die in Anhang 2 Nr. 5 der Eigenkontrollverordnung, in der jeweils gültigen Fassung, aufgeführten Betriebe.

Zur Erfüllung dieser Verpflichtung vereinbaren die Stadtwerke mit den Verantwortlichen dieser Betriebe die Lieferung folgender Daten, soweit diese nicht aus den der Stadtwerke vorliegenden Unterlagen bzw. zugänglichen Informationsquellen ermittelt werden können.

Dabei handelt es sich um folgende Daten: Name des Betriebes, Produktion (Art, Umfang), Abwassermenge (m³) ggf. pro Einzelleitung, Art der Abwasserbehandlungsanlage(n) (Hauptinhaltsstoffe, Hauptwasserinhaltsstoffe) und Verantwortliche im Betrieb (Name, Tel.-Nr.). Dabei werden die Geheimhaltungspflicht von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie die Belange des Datenschutzes beachtet.

IV. Abwasserbeitrag

§ 21

Erhebungsgrundsatz

Zur teilweisen Deckung ihres Aufwands für die Anschaffung, Herstellung und den Ausbau der öffentlichen Abwasseranlagen wird ein Abwasserbeitrag erhoben. Der Abwasserbeitrag wird in Teilbeiträgen (§ 31) erhoben.

§ 22

Gegenstand der Beitragspflicht

(1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, wenn sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können. Erschlossene Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, unterliegen der Beitragspflicht, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Stadt zur Bebauung anstehen.

(2) Wird ein Grundstück an die öffentlichen Abwasseranlagen tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht erfüllt sind.

§ 23

Beitragsschuldner

(1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Zustellung des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Der Erbbauberechtigter ist an Stelle des Eigentümers Beitragsschuldner.

(2) Mehrere Beitragsschuldner haften als Gesamtschuldner. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil Beitragsschuldner.

(3) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, im Falle des Abs. 1 Satz 2 auf dem Erbbaurecht, im Falle des Abs. 2 Satz 2 auf dem Wohnungs- oder dem Teileigentum.

§ 24

Beitragsmaßstab

Maßstab für den Abwasserbeitrag ist die zulässige Grundstücksfläche und die zulässige Geschossfläche. Die zulässige Geschossfläche eines Grundstücks wird nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 26 bis 30 ermittelt. Dabei werden Bruchzahlen bis einschließlich 0,5 abgerundet und solche über 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.

Bei der Ermittlung der Beitragsätze nach der Globalberechnung wird der Aufwand je zur Hälfte auf die Summe der beitragspflichtigen Grundstücksflächen und auf die

Summe der beitragspflichtigen Geschossflächen umgelegt.

§ 25

Grundstücksfläche

(1) Als Grundstücksfläche gilt die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zu legen ist.

(2) § 10 Abs. 3 Satz 2 KAG bleibt unberührt.

§ 26

Ermittlung der zulässigen Geschossfläche

(1) Als zulässige Geschossfläche gilt die mit der im Bebauungsplan festgesetzten Geschossflächenzahl vervielfachte Grundstücksfläche (§ 25). Setzt der Bebauungsplan die Größe der Geschossfläche fest, gilt diese als zulässige Geschossfläche. Ist im Einzelfall eine größere Geschossfläche genehmigt, so ist diese zugrunde zu legen.

(2) Sind im Bebauungsplan Baumassenzahlen festgesetzt, so ergeben sich die zulässigen Geschossflächen aus den Grundstücksflächen, vervielfacht mit der Baumassenzahl, geteilt durch 3,5.

(3) Kann die im Bebauungsplan festgesetzte Geschossflächenzahl bzw. die zulässige Geschossfläche oder Baumassenzahl aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Baubeschränkung nicht verwirklicht werden, ist die tatsächlich verwirklichte Geschossfläche oder Baumasse maßgebend. Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Bestimmt der Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung durch die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen, so gilt als Geschossfläche das festgelegte Höchstmaß der Höhe der baulichen Anlagen geteilt durch 3,5, multipliziert mit der Grundstücksfläche.

§ 27

Ermittlung der zulässigen Geschossfläche bei Grundstücken, für die keine Planfestsetzung i.S. des § 26 bestehen
In unbeplanten Gebieten bzw. in beplanten Gebieten, für die ein Bebauungsplan keine Festsetzungen nach § 27 enthält, ergeben sich die zulässigen Geschossflächen aus dem zulässigen Maß der Bebauung.

§ 28

Ermittlung der zulässigen Geschossfläche bei Grundstücken im Außenbereich

Im Außenbereich (§ 35 BauGB) werden bei bebauten Grundstücken die für Dorfgebiete geltenden Geschossflächenzahlen zugrunde gelegt. Dabei gilt als zulässige Zahl der Vollgeschosse die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen bzw. genehmigten Geschosse.

§ 29

Sonderregelungen

Bei Stellplatzgrundstücken und bei Grundstücken, für die nur eine Nutzung ohne Bebauung zulässig ist oder bei denen die Bebauung nur untergeordnete Bedeutung hat, wird die Grundstücksfläche mit einer Geschossflächenzahl von 0,2 vervielfacht, soweit der Bebauungsplan keine anderen Festsetzungen enthält. Dasselbe gilt für Gemeinbedarfs- oder Grünflächengrundstücke, deren Grundstücksflächen aufgrund ihrer Zweckbestimmung nicht oder nur zu einem untergeordneten Teil mit Gebäuden bebaut werden sollen bzw. bebaut sind (z.B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Kleingartenanlagen).

§ 30

Weitere Beitragspflicht

(1) Vergrößert sich die Fläche eines Grundstücks (z.B. durch Zukauf), für das bereits eine Beitragspflicht entstanden ist oder das beitragsfrei an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen wurde und erhöht sich dadurch die bauliche Nutzbarkeit des Grundstücks, so unterliegen die zugehenden Flächen der Beitragspflicht nach Maßgabe des § 25, soweit für sie noch keine Beitragspflicht entstanden ist.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend (Erhöhung der Nutzbarkeit), soweit

1. Grundstücke unter Einbeziehung von Teilflächen, für die eine Beitragspflicht bereits entstanden ist, neu gebildet werden;

2. für Grundstücksflächen die Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung nach § 10 Abs. 3 Satz 2 KAG entfallen;

3. bei beitragsfrei angeschlossenen Grundstücken oder bei Grundstücken, für die eine Beitragspflicht bereits entstanden ist bzw. durch Bescheid begründet worden ist, die bis zum Inkrafttreten dieser Satzung zulässige Geschossfläche bzw. genehmigte höhere Geschossflächen überschritten oder eine größere Geschossfläche allgemein zugelassen wird.

§ 31

Beitragsatz, Fälligkeit

(1) Der Abwasserbeitrag setzt sich wie folgt zusammen:

Teilbeiträge	je m² Grundstücksfläche DM	je m² Geschossfläche DM
1. für den öffentlichen Abwasserkanal	2,50	3,10
2. für das Klärwerk	1,50	1,90

(2) Der Abwasserbeitrag (Teilbeitrag) wird einen Monat nach Zustellung des Abgabebescheides fällig.

§ 32

Entstehung der Beitragsschuld

(1) Die Beitragsschuld entsteht:

1. Für Grundstücke im Sinne des § 22 Abs. 1 nach § 31 Nr. 1 sobald an den öffentlichen Abwasserkanal und nach § 31 Nr. 2 sobald an das Klärwerk angeschlossen werden kann.

2. Für Grundstücke im Sinne des § 22 Abs. 2 mit dem tatsächlichen Anschluss, jedoch nicht vor Beantragung und Erteilung der Genehmigung nach § 14.

3. In den Fällen des § 30 Abs. 1, wenn die Vergrößerung des Grundstücks im Grundbuch eingetragen ist.

4. In den Fällen des § 30 Abs. 2 Nr. 1, wenn das neugebildete Grundstück im Grundbuch eingetragen ist.

5. In den Fällen des § 30 Abs. 2 Nr. 2

a) mit dem Inkrafttreten eines Bebauungsplans bzw. dem Inkrafttreten einer Satzung i.S. von § 34 Abs. 4 Satz 1 BauGB;

b) mit dem tatsächlichen Anschluss der Teilflächen, frühestens mit der Genehmigung des Anschlusses;

c) bei baulicher Nutzung ohne tatsächlichen Anschluss mit der Erteilung der Baugenehmigung;

d) bei gewerblicher Nutzung mit dem Eintritt dieser Nutzung.

6. In den Fällen des § 30 Abs. 2 Nr. 3 mit der Erteilung der Baugenehmigung bzw. dem Inkrafttreten des Bebauungsplans oder einer Satzung i.S. von § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB.

(2) Für Grundstücke, die schon vor dem 1.4.1964 an die öffentliche Abwasseranlage hätten angeschlossen werden können, jedoch noch nicht angeschlossen worden sind, entsteht die Beitragsschuld mit dem tatsächlichen Anschluss, frühestens mit dessen Genehmigung.

(3) Mittelbare Anschlüsse (z.B. über bestehende Hausanschlüsse) stehen dem unmittelbaren Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen gleich.

§ 33

Ablösung

(1) Der Abwasserbeitrag (Teilbeitrag) kann vor Entstehung der Beitragsschuld abgelöst werden. Der Betrag einer Ablösung bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrags (Teilbeitrags).

(2) Die Ablösung erfolgt durch Vereinbarung.

V. Abwassergebühren

§ 34

Erhebungsgrundsatz

Für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen werden Abwassergebühren erhoben.

§ 35

Gebührenmaßstab

(1) Die Abwassergebühr wird nach der Abwassermenge bemessen, die auf dem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen Grundstück anfällt (§ 37 Abs. 1).

(2) Bei sonstigen Einleitungen (§ 8 Abs. 3) bemisst sich die Abwassergebühr nach der eingeleiteten Abwasser- bzw. Wassermenge.

§ 36

Gebührenschildner

(1) Schuldner der Abwassergebühr ist der Benutzer. Beim Wechsel des Gebührenschildners geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendermonats auf den neuen Gebührenschildner über.

(2) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschuldner.

§ 37

Abwassermenge

(1) In dem jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 40 Abs. 1 Satz 1) gilt im Sinne von § 37 Abs. 1 als angefallene Abwassermenge:

1. die dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgung zugeführte Wassermenge;

2. bei nichtöffentlicher Trink- oder Brauchwasserversorgung die dieser entnommene Wassermenge;

(2) Auf Verlangen der Stadtwerke hat der Gebührenschildner bei sonstigen Einleitungen (§ 8 Abs. 3) sowie bei nichtöffentlicher Wasserversorgung (Abs. 1 Nr. 2) geeignete Messeinrichtungen auf seine Kosten anzubringen und zu unterhalten. Dies

gilt auch für bestehende Anlagen.

§ 38

Absetzungen

(1) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden und 15 m³/Jahr übersteigen, werden auf Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Abwassergebühr abgesetzt. Von der Absetzung ausgenommen ist eine Wassermenge von 15 m³/Jahr.

(2) Für landwirtschaftliche Betriebe soll der Nachweis durch Messungen eines besonderen Wasserzählers erbracht werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass über diesen Wasserzähler nur solche Frischwassermengen entnommen werden können, die in der Landwirtschaft verwendet werden und deren Einleitung als Abwasser nach § 6, insbesondere Abs. 2 Nr. 3, ausgeschlossen ist. Bei landwirtschaftlichen Betrieben findet Abs. 1 Satz 2 keine Anwendung.

(3) Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben die abzusetzende Wassermenge nicht durch Messungen nach Abs. 2 festgestellt, werden die nichteingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. Dabei gilt als nichteingeleitete Wassermenge i.S. von Abs. 1

1. je Vieheinheit bei Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen 15 m³/Jahr,

2. je Vieheinheit bei Geflügel 5 m³/Jahr.

Diese pauschal ermittelte nichteingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge abgesetzt. Die dabei verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen polizeilich gemeldete Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraums nicht nur vorübergehend aufhält, mindestens 35 m³/Jahr betragen. Es gelten die Verhältnisse zum 31. Dezember des Veranlagungsjahres.

Der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Vieheinheiten zu § 51 des Bewertungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden. Der Viehbestand ist den Stadtwerken jährlich zu melden. Abs. 4 gilt entsprechend.

(4) Anträge auf Absetzung nicht eingeleiteter Wassermengen sind jährlich bis zum 15. Januar des Folgejahres bei den Stadtwerken zu stellen.

(5) Von der Abwassergebühr ist diejenige Wassermenge befreit, die als Bauwasser verwendet wird.

§ 39

Höhe der Abwassergebühr

(1) Die Abwassergebühr bei Einleitungen nach § 37 Abs. 1 und 2 beträgt je m³ Abwasser 3,65 DM.

(2) Wird Abwasser in öffentliche Kanäle eingeleitet, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr je m³ Abwasser 1,46 DM.

§ 40

Entstehung der Gebührenschild

(1) In den Fällen des § 35 Abs. 1 entsteht die Gebührenschild für ein Kalenderjahr mit Ablauf des Kalenderjahres (Veranlagungszeitraum). Endet ein Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Veranlagungszeitraumes, entsteht die Gebührenschild mit Ende des Benutzungsverhältnisses.

(2) In den Fällen des § 36 Abs. 1 Satz 3 entsteht die Gebührenschild für den bisherigen Grundstückseigentümer mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendermonats, für den neuen Grundstückseigentümer mit Ablauf des Kalenderjahres.

(3) In den Fällen des § 35 Abs. 2 entsteht die Gebührenschild bei vorübergehender Einleitung mit Beendigung der Einleitung, im übrigen mit Ablauf des Veranlagungszeitraumes.

§ 41

Vorauszahlungen

(1) Solange die Gebührenschild noch nicht entstanden ist, sind vom Gebührenschildner Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlungen entstehen mit Beginn des Kalendermonats, beginnt die Gebührenpflicht während des Veranlagungszeitraumes, entstehen die Vorauszahlungen mit Beginn des folgenden Kalendermonats.

(2) Jeder Vorauszahlung ist ein Zwölftel des zuletzt festgestellten Jahreswasserverbrauchs zugrunde zu legen.

Bei den Vorauszahlungen sind die Absetzungen nach § 38 zu berücksichtigen. Bei erstmaligem Beginn der Gebührenpflicht wird der voraussichtliche Jahreswasserverbrauch geschätzt.

(3) Die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen werden auf die Gebührenschild für diesen Zeitraum angerechnet.

(4) In den Fällen des § 35 Abs. 2 entfällt die Pflicht zur Vorauszahlung.

§ 42

Fälligkeit

(1) Die Benutzungsgebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Sind Vorauszahlungen (§ 41) geleistet worden, gilt dies nur, soweit die Gebührenschild die geleisteten Vorauszahlungen übersteigt. Ist die Gebührenschild kleiner als die geleisteten Vorauszahlungen, wird der Unterschiedsbetrag nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides durch Aufrechnung oder Zurückzahlung ausgeglichen.

(2) Die Vorauszahlungen gem. § 41 werden mit Ende des Kalendermonats zur Zahlung fällig.

VI. Anzeigepflicht, Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 43

Anzeigepflicht

(1) Binnen eines Monats ist der Erwerb oder die Veräußerung eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücks anzuzeigen. Entsprechendes gilt beim Erbbaurecht oder einem sonstigen dinglichen baulichen Nutzungsrecht. Anzeigepflichtig sind der Veräußerer und der Erwerber.

(2) Binnen eines Monats nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes hat der Gebührenschuldner anzuzeigen:

a) die Menge des Wasserverbrauchs aus einer nichtöffentlichen Abwasserversorgungsanlage;

b) die Menge der Einleitungen aufgrund besonderer Genehmigung (§ 8 Abs. 3).

(3) Unverzüglich haben der Grundstückseigentümer und die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen mitzuteilen:

a) Änderungen der Beschaffenheit, der Menge und des zeitlichen Anfalls des Abwassers;

b) wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangen oder damit zu rechnen ist.

(4) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage, auch nur vorübergehend, außer Betrieb gesetzt, hat der Grundstückseigentümer diese Absicht so frühzeitig mitzuteilen, dass der Grundstücksanschluss rechtzeitig verschlossen oder beseitigt werden kann.

(5) Wird die rechtzeitige Anzeige schuldhaft versäumt, so haftet im Falle des Abs. 1 der bisherige Gebührenschuldner für die Benutzungsgebühren, die auf den Zeitpunkt bis zum Eingang der Anzeige entfallen.

§ 44

Haftung der Stadt

(1) Werden die öffentlichen Abwasseranlagen durch Betriebsstörungen, die die Stadt nicht zu vertreten hat, vorübergehend ganz oder teilweise außer Betrieb gesetzt oder treten Mängel oder Schäden auf, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Starkregen oder Schneeschmelze oder durch Hemmungen im Abwasserablauf verursacht sind, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz. Ein Anspruch auf Ermäßigung oder auf Erlass von Beiträgen oder Gebühren entsteht in keinem Fall.

(2) Die Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Sicherung gegen Rückstau (§ 19) bleibt unberührt.

(3) Unbeschadet des § 2 des Haftpflichtgesetzes haftet die Stadt nur für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.

§ 45

Haftung der Grundstückseigentümer
Die Grundstückseigentümer und die Benutzer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustands der Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen. Sie haben die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden.

§ 46

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 142 Abs. 1 GemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Abs. 1 das Abwasser nicht der Stadt überlässt;

2. entgegen § 6 Absätze 1, 2 oder 4 von der Einleitung ausgeschlossene Abwasser oder Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen einleitet oder die vorgeschriebenen Höchstwerte für einleitbares Wasser überschreitet;

3. entgegen § 8 Abs. 1 Abwasser ohne Vorbehandlung oder Speicherung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet;

4. entgegen § 8 Abs. 2 fäkalienhaltiges Abwasser ohne ausreichende Vorbehandlung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet, die nicht an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen sind;

5. entgegen § 8 Abs. 3 sonstiges Wasser oder Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt, ohne besondere Genehmigung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet;

6. entgegen § 12 Abs. 1 Satz 1 Grundstücksanschlüsse nicht von den Stadtwerken herstellen, unterhalten, erneuern, ändern, abtrennen oder beseitigen lässt.

7. entgegen § 14 Abs. 1 ohne schriftliche Genehmigung eine Grundstücksentwässerungsanlage herstellt, anschließt oder ändert oder eine öffentliche Abwasseranlage benutzt oder die Benutzung ändert;

8. die Grundstücksentwässerungsanlage nicht nach den Vorschriften des § 15 und des § 16 Abs. 2 herstellt;

9. entgegen § 17 Abs. 1 die notwendige Entleerung und Reinigung der Abseider nicht rechtzeitig vornimmt;

10. entgegen § 17 Abs. 3 Zerkleinerungsgeräte für Küchenabfälle, Müll, Papier und dergleichen oder Handtuchspender mit Spülvorrichtungen an seine

Fortsetzung auf Seite

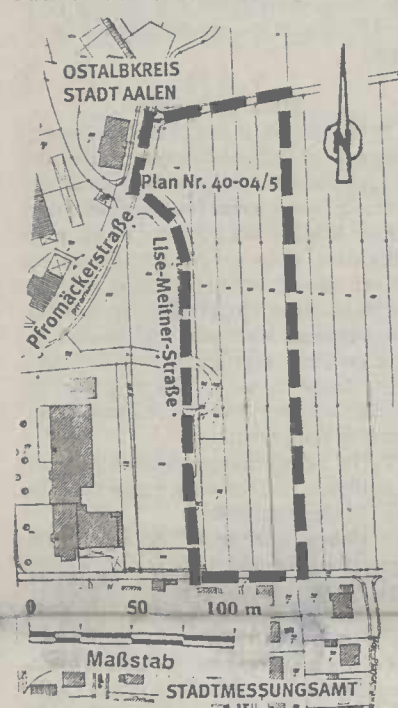
- 4 - des Stadtinfo Fortsetzung von Seite - 3 - des Stadtinfo

Grundstücksentwässerungsanlagen
anschließt;
11. entgegen § 20 Abs. 1 die Grundstücks-
entwässerungsanlage vor der Abnahme
in Betrieb nimmt.
(2) Ordnungswidrig i.S. von § 5a Abs. 2
Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich
oder leichtfertig den Anzeigepflichten nach
§ 44 Abs. 1 bis 3 nicht, nicht richtig oder
nicht rechtzeitig nachkommt.
**VII. Übergangs- und Schlussbe-
stimmungen**
§ 47
Inkrafttreten
(1) Soweit Abgabenansprüche nach der
Satzung vom 10.02.1977 bereits entstan-

den sind, gelten anstelle dieser Satzung die
Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt
des Entstehens der Abgabenschuld gegolten
haben.
Soweit nach früheren Satzungen für unbe-
baute Grundstücke ein vorläufiger Ab-
wasserbeitrag erhoben wurde, entsteht im
Falle der Bebauung eines solchen Grund-
stücks eine weitere Beitragspflicht. Als
Beitragsmaßstab wird dabei die zulässige
Geschossfläche zugrundegelegt, die nach
Abzug der Geschossfläche eines zwei-
geschossigen Gebäudes mit einer Tiefe von
15 m verbleibt. Für die Entstehung der
Beitragschuld gilt § 32.
(2) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer
Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt
die Abwassersatzung vom 10. Februar
1977 (mit allen späteren Änderungen) au-
ßer Kraft.
Aalen, 25. Januar 2001
gez. Ulrich Pfeifle
Oberbürgermeister

Bebauungspläne

Mischgebiet Pfrommacker
Aufstellung eines Bebauungsplanes
"Mischgebiet Pfrommacker im Bereich
der Lise-Meitner-Straße" in den Plan-
bereichen 40-04 und 40-02, Plan Nr. 40-
04/5 in Aalen-Unterkochen



Der Gemeinderat der Stadt Aalen hat in
seiner Sitzung am 16.11.2000 die Aufstel-
lung eines Bebauungsplanes "Mischgebiet
Pfrommacker im Bereich der Lise-Meitner-
Straße" beschlossen.
Über die allgemeinen Ziele und Zwecke der
Planung werden die Bürger am **Dienstag,
13. Februar 2001 um 18.30 Uhr**, im Rat-
haussaal Unterkochen, Rathausplatz 9,

73432 Aalen-Unterkochen, unterrichtet.
Interessierten Bürgern wird dabei Gelegen-
heit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
Bürgermeisteramt Aalen
- Dezernat II -
Steinbach, Bürgermeister

Grießfeld V

Aufstellung eines Bebauungsplanes
"Änderung des Bebauungsplanes Plan
Nr. 22-02/5, Grießfeld V, 2. Abschnitt,
Teilbereich Nord" im Planbereich 22-02,
Plan Nr. 22-02/6 in Aalen-Waldhausen
Der Gemeinderat der Stadt Aalen hat am
16.11.2000 die Aufstellung eines Bebau-
ungsplanes für den Bereich "Grießfeld V,
Teilbereich Nord", beschlossen.
Über die allgemeinen Ziele und Zwecke der
Planung werden die Bürger am **Dienstag,
6. Februar 2001 um 17 Uhr**, im Musik-
zimmer der Grundschule Waldhausen,
Hochmeisterstraße, 73432 Aalen-Wald-
hausen, unterrichtet.



Interessierten Bürgern wird dabei Gelegen-
heit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
Bürgermeisteramt Aalen
- Dezernat II -
Steinbach, Bürgermeister

Bundeserziehungsgeld

Neue Regelungen

Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz gilt
für Geburten/Adoptionen ab 1. Januar
2001. Es enthält verbesserte Regelungen
zum Erziehungsgeld und zum Erziehungs-
urlaub, der in Zukunft Elternzeit heißt.
Einkommengrenzen - Unverändert bleibt
die jährliche Einkommensgrenze (in etwa
vergleichbar mit dem Jahresnettoeinkom-
men) für die ersten sechs Lebensmonate
von 100.000 DM für Eltern mit einem Kind
und von 75.000 DM für Alleinerziehende
mit einem Kind.
Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes
liegt die jährliche Einkommensgrenze für
Eltern mit einem Kind bei 32.200 DM bis
46.021 DM und für Alleinerziehende bei
26.400 DM bis 40.221 DM.
Für jedes weitere Kind erhöht sich der Be-
trag um 4.800 DM.
Nimmt eine Arbeitnehmerin nach der Ge-
burt ihres Kindes eine Elternzeit und übt
keine Teilzeitbeschäftigung aus, bleiben
ihre Einkünfte aus der vorherigen Erwerbs-
tätigkeit bei der Einkommensberechnung
unberücksichtigt.
Wird während des Erziehungsgeldbezugs
eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt und
steuerfreies bzw. pauschal versteuertes Ar-
beitsentgelt bezogen, bleiben diese Einkünfte
ebenfalls unberücksichtigt.
Budget-Angebot - Neu eingeführt wird die
Möglichkeit, den Erziehungsgeldbezug auf
ein Jahr zu beschränken und damit ein hö-
heres Erziehungsgeld von monatlich bis zu
900 DM bis zum ersten Geburtstag/
Betreuungsjahr an Stelle von monatlich bis
zu 600 DM bis zum 2. Geburtstag/Betreu-
ungsjahr zu erhalten.
Die Eltern müssen sich bereits beim An-
trag auf Erziehungsgeld entscheiden, ob sie
den Regelbetrag oder das Budget wählen.
Soweit die Budget-Regelung in Anspruch

genommen wird, besteht in der Regel kein
Anspruch auf Landeserziehungsgeld des
Landes Baden-Württemberg.
Von der Budget-Regelung ausgeschlossen
sind Familien, die wegen Überschreitung
der Einkommensgrenzen nur für die ersten
sechs Lebens-/Betreuungsmonate Bundes-
erziehungsgeld erhalten.
Gemeinsame Elternzeit - Eltern können
jetzt ihre Elternzeit ganz oder zeitweise
gemeinsam nehmen. Bisher konnten sie
sich nur abwechseln.
Flexibles drittes Jahr - Ebenfalls neu ist
die Übertragbarkeit von bis zu einem Jahr
Elternzeit auf den Zeitraum zwischen dem
dritten und achten Geburtstag des Kindes,
z.B. während des ersten Schuljahres. Der
Arbeitgeber muss aber der Übertragung
zustimmen.
Teilzeitarbeit während der Elternzeit -
Die Grenze für die zulässige Teilzeitarbeit
während der Elternzeit erweitert sich von
bisher 19 auf bis zu 30 Wochenstunden.
(Bei einer Beschäftigung zur Berufsausbil-
dung gilt diese Einschränkung nicht.)
Landeserziehungsgeld - Für das dritte
Lebensjahr des Kindes gibt es in Baden-
Württemberg im Anschluss an das Bundes-
erziehungsgeld in Höhe von bis zu 400
DM. Für Geburten ab 01.01.2001 erhöht
sich der Betrag ab dem dritten Kind auf bis
zu 600 DM.

Dieser Antrag für das dritte Lebensjahr
kann frühestens ab dem neunten Lebens-
monat des Kindes gestellt werden. Dabei
ist zu beachten, dass evtl. Änderungen des
Familienstandes oder die Geburt eines weite-
ren Kindes die Einkommensgrenzen und
damit die Höhe der Leistung beeinflussen
können. Deshalb der Hinweis: Den Antrag
für das Landeserziehungsgeld erst gegen
Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes
zu stellen. Erziehungsgeldstelle ist die

Hundesteuer ist fällig

Dieser Tage wurden die Hundesteuer-
bescheide und die neuen Hundesteuer-
marken für das Jahr 2001 zugestellt.
Die Stadt erhebt die Hundesteuer nach den
Vorschriften des Kommunalabgaben-
gesetzes in Verbindung mit der städtischen
Hundesteuersatzung vom 14. September
2000.
Die Steuerschuld für das Rechnungsjahr
entsteht am 01. Januar und beträgt für je-
den im Stadtgebiet gehaltenen über drei
Monate alten Hund 150 DM. Werden in
einem Haushalt mehrere Hunde gehalten,
so erhöht sich der Steuerbetrag für den
zweiten und jeden weiteren Hund auf 300
DM. Für gefährliche Hunde nach § 6 der
Hundesteuersatzung beläuft sich der Steu-
ersatz auf 720 DM. Für jeden weiteren
gefährlichen Hund im gleichen Haushalt
beträgt die Steuer 960 DM. Wird ein Hund
erst nach dem 01. Januar gehalten bzw. drei
Monate alt, beginnt die Steuerpflicht am
ersten Tag des folgenden Kalendermonats.
Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Ka-
lendermonats, in dem die Hundehaltung
beendet wird. Dies ist der Steuerabteilung
des Kämmereramts innerhalb eines Monats
mitzuteilen.

Verkehrsbehinderungen

Lichtmessmarkt

"Wegen Durchführung des Lichtmess-
marktes am **Freitag, 2. Februar 2001** ist
in der Innenstadt von Aalen mit Verkehrs-
behinderungen zu rechnen. Ab 6 Uhr wer-
den die Gmünder Straße (ab Westl. Stadt-
graben) und Reichsstädter Straße, der Süd-
liche und der östliche Stadtgraben sowie der
Marktplatz für den allgemeinen Verkehr
gesperrt. Im Südlichen und Östlichen Stadt-
graben müssen parkende Fahrzeuge bis
Mittwoch, 6 Uhr entfernt sein. Die Ein-
bahnregelung in der Rittergasse wird auf-
gehoben, da die Innenstadt für Anlieger nur
über die Straße „An der Stadtkirche“ be-
fahrbar ist. Die Anwohner werden auf die-
sem Wege um Verständnis für die an die-
sem Tage entstehenden Behinderungen
gebeten.

Volkshochschule

Mittwoch, 31. Januar 2001
Frauenschicksale im 2. Weltkrieg und
danach, Dr. A. Geisel, Landtagsvize-
präsident a. D., 19 Uhr, Torhaus, in Zu-
sammenarbeit mit der ZeitZeugenBörse
Aalen.
Montag, 5. Februar 2001
**Informationsveranstaltung zu den Cam-
bridge-Zertifikatskursen**, J. Hügler/L.
Haas, 18.30 Uhr, Torhaus.

Termine der Projekt- gruppen

Das "Strukturteam"
trifft sich am
Montag, 5. Februar
2001 um 19 Uhr im
Rathaus (Zi. 124, 1. OG) zur weiteren
Planung des 3. Agenda-Parlamentes am 27.
März 2001. Der Westeingang ist ab 18.45
Uhr bis 19.15 geöffnet. Wer vor verschlos-
sener Tür steht soll sich bitte telefonisch
unter 52-1343 melden.

Am **Dienstag, 6. Februar 2001** arbeitet
die Projektgruppe "Fußgängerfreundliches
Aalen" um 20 Uhr im "Torhaus" in Aalen
weiter.
Um 20.30 Uhr zeigt "Klappe, die 1." im
Kinopark Aalen Kanak Attack (Deutsch-
land 2000 - Lars Becker).
Am **Mittwoch, 7. Februar 2001** trifft sich
die Projektgruppe "Landschaftsentwick-
lung" um 19 Uhr im "Küferstübli" in Aa-
len. Themen des Abends sind Ökobudget
und Umweltindikatoren.
Interessierte sind zu den Treffen herzlich
eingeladen. Haben Sie noch Fragen zur
Aalener Agenda oder möchten Sie noch
mehr zu den einzelnen Projektgruppen er-
fahren? Mehr Informationen gibt es bei A.
Treff, Agenda-Büro, Tel. 07361/52-1343.



Gottesdienste

Katholische Kirchen:

Marienkirche: Sa. 16.30 Uhr Firmgottes-
dienst, So. 9 Uhr Eucharistiefeier, 11 Uhr
Eucharistiefeier-Kinderkirche im Gemein-
dehaus; **St. Michaels-Kirche** (Pelzwasen):
Die Vorabendmesse entfällt!; So. 11 Uhr
Eucharistiefeier (Deutsch/Kroatisch); **St.
Augustinus-Kirche** (Triumphstadt): So.
19 Uhr Eucharistiefeier; **St. Elisabeth-
Kirche** (Grauleshof): So. 10 Uhr Eucha-
ristiefeier; **Heilig-Kreuz-Kirche** (Hütt-
feld): Sa. 18.30 Uhr Vorabendgottesdienst,
Do. 18.30 Uhr Eucharistiefeier; **Salvator-
kirche:** Fr. 8.30 Uhr Eucharistiefeier, So.
10 Uhr Firmgottesdienst, Mo. 19 Uhr
Eucharistiefeier; **Peter- u. Paul-Kirche**
(Heide): So. 9.15 Uhr Eucharistiefeier, Di.
19 Uhr Eucharistiefeier; **Ostalb-Klinikum:**
So. 8.30 Uhr Eucharistiefeier, Mi. 19 Uhr
Kommunionfeier; **St. Bonifatius-Kirche**
(Hofherrnweiler): Sa. kein Gottesdienst, So.
9 Uhr Eucharistiefeier; **St. Thomas**
(Unterrombach): Sa. kein Gottesdienst, So.
10.30 Uhr Eucharistiefeier;

Evangelische Kirchen:

Stadtkirche: So. 9.20 Uhr Gottesdienst;
Augustinuskirche: Jeden 2. u. 4. So. i. M.
um 8.30 Uhr; **Kapelle St. Elisabeth:** 8.45
Uhr am 3. So. i. M. Gottesdienst; **Jo-
hanneskirche:** Sa. 19 Uhr Gottesdienst
zum Wochenschluss; **Markuskirche**
(Hüttfeld): So. 10.30 Uhr; **Martinskirche**
(Pelzwasen): So. 10.30 Uhr; **Ostalb-
Klinikum:** So. 9.30 Uhr Gottesdienst, je-
den 3. So. i. M. oek. Gottesdienst; **Peter-
u. Paul-Kirche:** So. 10.30 Uhr jeden letz-
ten So. i. M. um 9.15 Uhr oek. Gottesdienst;
Christuskirche (Unterrombach): So. 9.30
Uhr Gottesdienst mit Abendmahl (Gemk.)
und dem Posaunenchor.

Kurzfristige Änderungen sind möglich. Die übrigen Gottes-
dienste der Kirchen und Konfessionen entnehmen Sie bitte
der Tageszeitung.

Begegnungsstätte Bürgerspital

Kultur unterm Dach

Die Gruppe Jesolo tritt am **Sonntag, 4. Fe-
bruar 2001 um 15 Uhr** in der Begeg-
nungsstätte Bürgerspital auf. Ihr Programm
umfasst moderne und spirituelle Lieder aus
aller Welt. Der Eintritt ist frei. Platzkarten
gibt es ab sofort im Büro der Begegnungs-
stätte. Parallel dazu ist das Treffpunktcafé
ab 13.30 Uhr geöffnet.

Ausfahrt im Februar

Bei Siegfried und Schneewittchen. Mär-
chenumwoben ist der Naturpark Spessart
und der Naturpark Odenwald/Bergstraße,
die von Rhein, Main und Neckar begrenzt
werden. Im Februar sind die Touristenorte
Abtei Amorbach (Meisterwerke des Ba-
rocks, Orgel), Michelstadt (Fachwerkstadt)

Kirchen

Ökum. Bibelwoche der Kath. + Ev.
Kirchengemeinde Unterrombach/
Hofherrnweiler
Sonntag, 4. Februar, Abschluss der
Ökum. Bibelwoche mit einem Konzert der
Gruppe Jericho: "immer und jetzt" in der
Thomaskirche Unterrombach, 17 Uhr.

Verloren - Gefunden



1 goldenes Kettchen, Fundort: Hütt-
feldstraße. Verschiedene Fundsachen von
der Stadtbibliothek wie z. B.: Bücher, eine
Wanderkarte, einen Knirps, Buch mit
Window-Color-Vorlagen. Zu erfragen
beim Fundamt Aalen, Tel.: 07361/52-1081.

Frauen

Freitag, 2. Februar, "Das Erbe der
Todesgöttin", Vortrag: S. Weik, Tod und
Sterben aus weiblicher Sicht. VHS Aalen,
Torhaus, Payl-Ulmschneider-Saal, 20 Uhr;
Samstag, 3. Februar, Erfahrung mit
dem Tod, ein Sterbemeditation, Tageskurs
mit S. Weik, VHS Aalen, Torhaus, Unter-
richtsraum 2, 10.30 bis 17 Uhr;
Frauenfrühstück, Referentin: H. Ahrens,
CVJM Aalen, Stadthalle, 9 Uhr.

Termine der Wertstoffmobile

Ort	Standplatz	Tag	Standzeit	Anfahrt
Aalen	Gmünder Str. (Kundeninfo SWA)	Sa.	10.30 - 12.00	wöchentlich
	Greutplatz	Mi.	14.45 - 15.30	wöchentlich
	Storchenplatz	Mo.	18.15 - 19.15	wöchentlich
	Hofackerstr.	Do.	16.15 - 17.15	wöchentlich
	Jahnstr. (alter Turnplatz)	Sa.	14.15 - 15.00	wöchentlich
	Galgenbergstr./Max-Eyth-Str.	Do.	15.30 - 16.00	wöchentlich
Grauleshof	Langerschule	Do.	18.45 - 19.15	wöchentlich
	Stauffenbergstr./Schelmenstr.	Mi.	18.30 - 19.15	wöchentlich
Hammerstadt	Kantstr./Hegelstr. (Bushaltestelle)	Do.	16.15 - 17.00	wöchentlich
	Kantstr./Nietzscheschtr.	Sa.	13.00 - 14.00	wöchentlich
Heide	Ortsmitte	Mo.	16.00 - 16.30	14-tägig, nur in ungeraden KW
	Fahrbachstr., bei Peter-u.P.-Kirche	Do.	14.45 - 15.15	wöchentlich
Hofherrnw.	Ortsmitte	Mo.	14.45 - 15.15	14-tägig, nur in ungeraden KW
	Reiherstr./Adlerstr.	Sa.	09.00 - 10.30	wöchentlich
Hüttfeld	Weilerstr./Falkenstr.	Sa.	13.00 - 14.00	wöchentlich
	Richard-Wagner-Str./Erwin-R.-Str.	Sa.	11.00 - 12.00	wöchentlich
Neßlau	Berliner Platz	Do.	14.45 - 15.45	wöchentlich
	Hermelinstr. (Glascontainer)	Mo.	14.45 - 16.15	wöchentlich
Oberrombach	Bushaltestelle (Ortsmitte)	Mo.	15.45 - 16.30	14-tägig, nur in geraden KW
	Alte HdH- Str. (Glascontainer)	Do.	17.15 - 18.15	wöchentlich
Pelzwasen/Zebert	Steigerplatz	Mi.	18.45 - 19.15	wöchentlich
Pflaumbach	Charlottenstr., Jugend- u.	Mi	16.00 - 17.00	wöchentlich
Rötenberg	Nachbarschaftszentrum			
Triumphstadt	Parkplatz Langerstr.	Sa.	15.30 - 16.15	wöchentlich
Unterrombach	Badgasse/Biberweg	Sa.	14.15 - 15.00	wöchentlich
	Steinertgasse (bei Glascontainer)	Do.	17.45 - 19.15	wöchentlich

Immissionsdaten der LfU-Messstation Aalen vom 20.12.00 bis 25.01.01

Werte in mg pro m³	SO₂	NO₂	NO	CO	O₃	Staub
max. 1/2-Std.-Mittelwert	0,048	0,085	0,217	4,0	0,065	0,118
MIK-Wert	1,000	0,200	1,000	50,0	0,120	-
SO₂ = Schwefeldioxid	CO = Kohlenmonoxid					
NO₂ = Stickstoffdioxid	O₃ = Ozon					
NO = Stickstoffmonoxid						

MIK-Wert = Richtwerte entspr. der Richtlinie VDI-2310 des Vereins
deutscher Ingenieure, unterhalb derer eine gesundheitliche
Gefährdung ausgeschlossen werden kann.

Bei Rückfragen steht Ihnen Herr Kiefer, Telefon: 07361/521343, zur Verfügung.